

Ressort: Politik

Wohlfahrtsverbände dringen auf Familiennachzug für Flüchtlinge

Berlin, 20.10.2017, 05:00 Uhr

GDN - Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas rufen Union, FDP und Grüne auf, in ihren Sondierungsgesprächen von einer weiteren Begrenzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge abzurücken. "Wir sehen es als humanitär und integrationspolitisch fatal an, den Familiennachzug in Zusammenhang mit einer Aufnahmebegrenzung zu diskutieren", sagte Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Freitag).

Nach Schätzungen des Auswärtigen Amtes würden bis Ende 2018 etwa 100.000 bis 200.000 Menschen aus Syrien und Irak einen Antrag auf Familiennachzug stellen. "Für Deutschland ist die Aufnahme und Integration der schutzsuchenden Menschen in dieser Größenordnung gut zu meistern", so Neher. Diakonie-Präsident Ulrich Lilie weist Darstellungen von Unionspolitikern, wonach Deutschland vom Familienzuzug überfordert wäre, zurück. Die hohen Prognosen hätten sich nicht als realistisch erwiesen – "es gibt es keine sachlich tragende Begründung für eine weitere Aussetzung. Auch die Kommunen in Deutschland können den Nachzug der Familienangehörigen bewältigen", sagte Lilie. In der diakonischen Beratung zeige sich täglich, dass die Aussetzung des Familiennachzugs zu erheblichen humanitären Härten für die Betroffenen führe. "Die Ungewissheit darüber, wie es ihren Angehörigen geht und ob sie noch leben, das ständige Warten auf Nachrichten macht Geflüchtete krank und bindet ihre Kräfte", sagte der Diakonie-Präsident. "Wer Angst um seine Familie hat, hat keine Energie, sich auf Sprachkurse, Ausbildung und Arbeit zu konzentrieren." Besonders betroffen seien Jugendliche. "Die Diakonie erlebt in ihren Einrichtungen der Jugendhilfe immer wieder unbegleitete Minderjährige, die an den gestellten Anforderungen zu zerbrechen drohen", sagte Lilie. Die Frage des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus zählt zu den Hauptstreitthemen in den Gesprächen zwischen Union, FDP und Grünen. Während vor allem die CSU die am 15. März 2018 auslaufende Beschränkung verlängern möchte, fordern besonders die Grünen, dass Flüchtlinge fortan enge Familienangehörige zu sich holen können. Betroffen sind vor allem Syrer, die in den Jahren 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen sind.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-96351/wohlfahrtsverbaende-dringen-auf-familiennachzug-fuer-fluechtlinge.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com